

stützt aus Jülich, einen kleinen Kugelhaufenreaktor HTR-PM voraussichtlich 2017/18 in Betrieb nehmen wird – allerdings unter sicherheitstechnisch wenig vertrauenerweckenden Bedingungen –, ist mit einem Aufflammen der Diskussion über die „verpasste Chance Kugelhaufenreaktor“ zu rechnen. Mehrere Schwellenländer haben bereits Interesse am chinesischen HTR-PM bekundet.

In einer Veranstaltung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutsch-

land (BUND) in Zusammenarbeit mit der Akademie natur- und umweltschutz nrw (nua) am 19. November 2016 in Hamm werden unter anderem mit dem Chemiker Dr. Rainer Moormann, ehemaliger Sicherheitsexperte für Nuklearanlagen am Forschungszentrum Jülich und Träger des Whistleblowerpreises 2011, sowie Horst Blume von der Bürgerinitiative Umweltschutz Hamm, die Geschichte der Kugelhaufenreaktoren, ihre Technik und ihre ungelösten technischen, Sicherheits- und „Entsorgungs“-Probleme sowie ihre Stellung in der inter-

nationalen Nuklearwirtschaft erläutert. Auch die aktuellen großen „Entsorgungs“-Probleme der deutschen Kugelhaufenreaktoren sollen ausführlich dargelegt werden.

Die Probleme eines Thoriumkreislaufs, wie er in den deutschen Kugelhaufenreaktoren versucht wurde und aktuell wieder Interesse findet, werden ebenso abgehandelt wie derzeitige Pläne einer Atom-Abfallbeseitigung mit Hilfe von Transmutation/Partitioning.

Samstag, 19. November 2016, 11 bis 17 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Die Linke, Oststr. 48, 59065

Hamm. Verbindliche Anmeldung wird erbeten bis spätestens zum 1. November 2016 an den BUND Landesverband NRW e.V., Rolf Behrens, Merowingerstr. 88, 40225 Düsseldorf; Tel. 0211/30 200 50, Fax: -26, rolf.behrens@bund.net. Die Teilnahmegebühr, inklusive Verpflegung, beträgt 10,00 €. Weiter Infos: http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/atomenergie/avr_juelich Programm: http://www.bund-nrw.de/fileadmin/bundgruppen/bc_mslvnrw/PDF_Dateien/Themen_und_Projekte/Energie_und_Klima/Atom/AVR_HTR_NUA_Nr_331-16_Programm_final_16.9.16.pdf

Stopp dem Atomstrom!

Umweltfreundliche Energie – effizient – erneuerbar – kommunal

Ein Nachruf auf Prof. Dr. Klaus Traube
25. Februar 1928 – 4. September 2016

Klaus Traube starb im Alter von 88 Jahren in seinem Jugendstilhaus in Oberursel. Er hatte eine ganze Ära der deutschen Energiepolitik geprägt. Zunächst war er einer der Atommanager der Interatom, die den „Schnellen Brüter“ in Kalkar baute. Dieser wurde so gefährlich und teuer, dass Klaus Traube zum schärfsten und klarsten Kritiker der Atomenergie wurde. Kaum ein anderer als er wusste genauer um die Gefahren der Atomenergie, kaum ein anderer konnte immer wieder neue Belege vorlegen, wie Atomkraftwerke explodieren können. Und das lange bevor die Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima sich ereigneten.

Zugleich zeigte er immer wieder auf, wie bedrohlich die auch heute in vielen Staaten der Welt noch existierenden Pläne für neue Atomkraftwerke sind, aber auch, dass diese „Renaissance der Atomenergie“ nur eine Träumerei ist, die in keiner Weise eine Hilfe ist für die Lösung der Weltenergieprobleme und des

Klimaschutzes. Zumal die Gefahren der Proliferation nuklearen Waffenmaterials und das wohl unlösbare Problem einer sicheren Lagerung des Atom-Abfalls auf die er immer wieder mahnend hinwies, weiter bestehen.

Sein Seitenwechsel von der Atomenergiewirtschaft hin zu den Alternativen, zu Energieeffizienz und seinem Lieblingsthema, der „Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)“ hatte auch einen Auslöser. Es war der illegale „Lauschangriff auf Bürger T.“ des Verfassungsschutzes, der am 28.2.1977 (SPIEGEL 10/1977) bekannt wurde. Die Schlapphüte hatten Schlimmes vermutet, da eine mit ihm befreundete Rechtsanwältin Kontakt zu RAF-Terroristen hatte (taz, 27.3.1997). Rudolf Augstein beschrieb die Story – wesentlich war jedoch seine Frage: „Atomstaat oder Rechtsstaat?“

Der Verdacht wurde am 16.3.1977 dementiert, Innenminister Maihofer trat später zurück. Und Klaus Traube hatte schon 1976 nichts ah-



Foto: Harald H. Schröder
(www.haraldschroeder.de)

nend die Kündigung der Siemens-Tochter Interatom erhalten. Klaus Traube schrieb darüber im Buch „Wir Bürger als Sicherheitsrisiko“ (W. D. Narr, Hrsg. Rowohlt 1977).

In der Kritik der Atomenergie lag auch eine Kontinuität und die hieß für ihn immer Energieeffizienz – KWK. Die Wärme der Stromerzeugung zu nutzen ist auch heute hochaktuell. Es wurde immer klarer, dass Atomenergie auf Energieverschwendung beruht und diese zugleich befördert. Es gab Alternativen und es waren andere „Pfade“ der Energieentwicklung, die er als Mitglied mehrerer Energie-Enquete-Kommissionen beschrieb und für diese eintrat. Das Dreibein von Energieeffizienz, KWK und Erneuerbaren Energien geht auf seine

Arbeit zurück. Der SPD, der er 1972 beigetreten war, schrieb er den Atomausstieg ins Stammbuch und der Stadt Frankfurt am Main riet er 1989, eine eigenständige kommunale Stelle für Energiepolitik einzurichten und sich für energiesparende Hochhäuser und Blockheizkraftwerke einzusetzen.

Die KWK wurde zum Kernpunkt seiner Energiepolitik. Er gründete den Bundesverband KWK am 22.1.2001 und wirkte dort lange als Vize-Präsident. Er schlug das Gesetz mit einer KWK-Quote vor. Hätte man diese im Jahr 2000 verabschiedet, wären wir mit der Energiewende heute viel weiter – doch im Rahmen des „Konsenses“ zum Atomausstieg war die Förderung einer verlässlichen, dezentralen und effizienten Alternative den Atomkonzernen dann doch zu viel „Belastung“.

Klaus Traube schrieb viele Bücher. „Rationalisierung der Energienutzung ist auf Jahrzehnte die ergiebige Energiequelle“ hieß es in „Billiger Atomstrom?“ (1982). Klaus Traube arbeitete als Publizist gerade in den Zeiten, als immer wieder neue Atomkraftwerke gebaut wurden. Die Titel zeigen sein Programm: Müssen wir umschalten? Wachstum oder Askese? Gegen den Atomstaat! Die Zukunft des Fortschritts.

Nach Tschernobyl leitete er von 1990 bis 1997 das von ihm mitgegründete „Bremer Energie-Institut“. Denn es ging nun vor allem darum, die Atomenergie durch den Ausbau einer umweltfreundlichen Energieversorgung schlichtweg überflüssig zu machen.

In den Jahren 1997 bis 2004 leitete er den Bundesarbeitskreis Energie im Wissenschaftlichen Beirat des BUND. Systematisch wurden Grundsatzzpositionen erarbeitet – Analyse – Bewertung – Alternativen – Forderungen. Danach war er energiepolitischer Berater des Deutschen Naturschutzrings. Die Themen waren damals wie heute der Ausstieg aus Atomenergie und Braunkohle, die Windenergie,

Biomasse, Stromtarife, Energieeffizienzfonds, umweltverträgliche Nutzung erneuerbarer Energien, gegen die „Atomrenaissance“. „Konfliktfrei“ war Klaus Traubes Wirken nie – aber immer zielführend auf Kooperation ausgelegt.

Im Jahr 1998 gründete er gemeinsam mit Hermann Scheer (EUROSOLAR) den Verein „Grüner Strom Label e.V.“, den Verein der Umweltverbände, der Gütesiegel für Ökostrom und Biogas verleiht. Im Jahr 2000 wurde ihm der „Nuclear Free Future Lifetime Achievement Award“ verliehen. Und 2009 wurde ihm auf Vorschlag von Werner Neumann und Angelika Zahrt (beide BUND) und

Hermann Scheer (Eurosolar) das Bundesverdienstkreuz für seine Verdienste für eine ökologische Energiepolitik verliehen.

Effizienter Umgang mit Energie war allerdings für Klaus Traube nie ein Zeichen von Askese. In einem Interview erklärte er: „Auf was muss ich verzichten, wenn ich diesen unsinnigen Energieverbrauch weiterbetreibe? Die Qualität der Umwelt, die mit der enormen Energieverschwendung zerstört wird, ist ja sehr wichtig für das genussreiche, gute Leben“ (Publik Forum, 2006).

Wir haben einen der klügsten und engagiertesten Wissenschaftler im Kampf gegen die Atomenergie und für eine

umweltverträgliche Energiezukunft verloren. Das Leben und Wirken von Klaus Traube ist Vorbild, Lehre und Mahnung zugleich – gegen Rasenhass und Ausgrenzung, gegen irregeleitete Wirtschaft und unmenschliche Wissenschaft, für Freiheit und Bürgerrechte und für eine sorgsame Energienutzung ohne Schaden für die Umwelt – für alle!

Dr. Werner Neumann
ehem. Leiter des Energiereferats der Stadt Frankfurt am Main
Mitglied im Landesvorstand des BUND Hessen
Sprecher des Bundesarbeitskreises Energie im Wissenschaftlichen Beirat des BUND

Atom Müll

IPPNW fordert Verbleib des radioaktiven „Freigabe-Materials“ an den Atomkraftwerks-Standorten

Die Atomindustrie möchte die deutschen Atomkraftwerke nach ihrer Stilllegung zurückbauen und den überwiegenden Teil der nicht wärmeentwickelnden und in diesem Sinne geringer radioaktiven Abrissmaterialien unter anderem per „Freigabe“ in den konventionellen Stoffkreislauf übergeben. Diese Materialien werden bislang auf regulären Mülldeponien entsorgt und recycelt und die Bevölkerung kommt mit diesen radioaktiven Materialien in Berührung. Die Ärzteorganisation IPPNW hat deshalb angeregt, eine alternative Stilllegungsstrategie zu prüfen: Ein auf Dauer angelegter Einschluss des geringer radioaktiven „Freigabe-Mülls“ im Atomkraftwerk nach der Entnahme höher aktiver Stoffe.

„Ein Gutachten belegt nun, dass dies machbar ist und die Strahlenbelastung der Bevölkerung reduzieren würde“, so der IPPNW-Arzt Dr. Jörg Schmid. „Als ÄrztInnen wollen wir die Bevölkerung vor

dem gering radioaktiven Freigabe-Müll schützen.“ In Betracht kommt laut Schmid entweder ein Verbleib des Freigabe-Mülls in den Atomkraftwerks-Gebäuden oder in einem zu errichtenden Bunker am Standort.

Die IPPNW hat bei der Intac GmbH in Hannover eine gutachterliche „Stellungnahme zu einem Verbleib von gering radioaktiven Materialien aus der Stilllegung von Atomkraftwerken an deren Standorten“ in Auftrag gegeben. Der Physiker und Atomexperte Wolfgang Neumann empfiehlt in seiner Stellungnahme die skizzierte IPPNW-Option „Stehenlassen nach Entkernung“. Er begründet diese Option „mit der nachhaltigen Verringerung des Radioaktivitätsinventars von circa $10 \cdot 10^{17}$ Becquerel auf weniger als $10 \cdot 10^9$ Becquerel mit Vorteilen beim Strahlenschutz und mit der Verringerung des Störfallrisikos“. Der entscheidende Vorteil liegt laut Gut-

achten darin, dass die Strahlenbelastungen der Bevölkerung aufgrund der nicht erfolgten Freigabe als geringer einzuschätzen sind als bei den bisher in der Bundesrepublik etablierten Stilllegungsstrategien.

Alternativ umsetzbar wäre laut Gutachten eine Option „Vollständiger Rückbau mit Bunker“. Dabei würden alle beim kompletten Abbau des Atomkraftwerks angefallenen gering radioaktiven Materialien in ein neu am Standort zu errichtendes robustes Bauwerk eingebracht werden. Auch hier würde der Bevölkerung durch die nicht erfolgte Freigabe „Strahlenbelastung erspart“, so Neumann.

„Bei diesen beiden Alternativ-Optionen gäbe es keine unkontrollierte Verbreitung von Radionukliden durch uneingeschränkte Freigabe in die Umwelt“, so IPPNW-Experte Henrik Paulitz. „Auch müsste neben den Atomkraftwerkstandorten nicht an weiteren Standorten wie Deponien, Verbrennungsanlagen, Metallschmelzen oder Schrotthändlern mit gering radioaktiven Materialien umgegangen werden.“

Wolfgang Neumann, Intac GmbH, Hannover, Juli 2016: Stellung-

nahme zu einem Verbleib von gering radioaktiven Materialien aus der Stilllegung von Atomkraftwerken an deren Standorten; im Auftrag der IPPNW – Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.

http://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Atomenergie/StilllegungAtommuell/Intac_Neumann_2016_IPPNW-Stellungnahme_AKW-Rueckbau_Freigabe.pdf

Lingen, 29. Oktober 2016

Atomkraft jetzt den Saft abdrehen – Uranfabriken schließen!

In Lingen befinden sich mit dem AKW Emsland (Lingen II) und einer Brennelementefabrik zwei zentrale Atomanlagen, die erst Ende 2022 (das AKW) bzw. gar nicht (die Brennelementefabrik) stillgelegt werden sollen. Zusammen mit der ebenfalls vom Atomausstieg ausgenommenen Urananreicherungsanlage Gronau ist die Areva-Brennelementefabrik in Lingen eine zentrale Atomanlage zur Versorgung der westeuropäischen Atomkraftwerke, darunter kritische Schrottreack-